Zivilschutz im Ausland

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **5 (1958)**

Heft 2

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-364935

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Wichtige Stimmen für den Zivilschutz

Einer einstimmigen Stellungnahme vom 16. Januar 1958 der Delegiertenversammlung der

Kath. Volkspartei Basel-Stadt,

gestützt auf die gründlichen Vorarbeiten ihrer Kommission für Militärfragen, entnehmen wir folgenden Abschnitt über den Zivilschutz:

Im totalen Krieg wird das Hinterland in gleicher Weise wie die Front in das Kriegsgeschehen einbezogen. Die hier vertretene Auffassung der Landesverteidigung gewährt der Zivilbevölkerung grösstmöglichen Schutz.

Ueberdies muss die Zivilschutzorganisation in Zusammenarbeit mit Territorialdienst und Luftschutztruppe ausgebaut und zu einer wesentlichen Aufgabe der Landesverteidigung aufgewertet werden.

Dem Bau von öffentlichen und privaten Schutzräumen ist die grösste Aufmerksamkeit zu schenken.

Vier Pressestimmen

«Neue Zürcher Zeitung»:

Dass der Zivilschutz zu den bedeutendsten Aufgaben einer zeitgemässen Wehrpolitik gehört, kann im Ernst nicht bestritten werden.

«Birsfelder Anzeiger»:

Die Hochkonjunktur wirkt wie ein Schlafpulver auf den Bürger. Er möchte an nichts Unangenehmes denken. Es gibt leider wenig Parlamentarier, die mit aller Offenheit auf diese schwache Stelle in unserer Landesverteidigung hinzuweisen wagen. Mit dem Zivilschutz kann man sich keine Lorbeeren holen.

«Emmenthaler Blatt»:

Wir möchten sogar die Auffassung vertreten, dass 200 Millionen Franken zugunsten des beschleunigten Aufbaus des schweizerischen Zivilschutzes ungleich nutzbringender eingesetzt wären, als, beispielsweise, für 50 in wenigen Jahren bereits veraltete Kampfflugzeuge zum gleichen Preis.

«Walliser Volksfreund»:

Der Zivilschutz ist unendlich viel billiger als der Unterhalt der Armee. Mit wenig gutem Willen wird hier viel erreicht. Mithelfen muss vor allem die Frau.

ZIVILSCHUTZ IM AUSLAND

Katastrophenhilfe in Belgien

Bei einer schweren Ueberschwemmungskatastrophe in Dison, Verviers und Andrimont (Hochplateau de Herve) wurden die Zivilverteidigungskräfte sowohl der betroffenen Orte als auch mobile Kolonnen aus weiteren Gegenden zur Behebung der Schäden eingesetzt. Die Zivilverteidigung hat sich durch diese Aktion in Belgien grosse Sympathien erworben. (LSB)

Zur Organisation in England

In englischen Fachkreisen wurden Vorschläge für eine andere Organisation der Zivilverteidigung ausgearbeitet, um den erhöhten Anforderungen eines nuklearen Krieges entsprechen zu können. Der erste Punkt betrifft die *Bezeichnung eines einzigen Verteidigungsministeriums,* zur Kontrolle der drei kombattanten Dienstzweige und der zivilen Verteidigung. Demnach sollte das Ministerium in vier Dienstdepartemente und fünf Verbindungsdepartemente unterteilt und diese in ihrer Tätigkeit durch einen Stabschef koordiniert werden. Dem Verteidigungsminister würde innerhalb der vom Kabinett gesetzten Grenzen eine weitreichende Entscheidungsbefugnis zustehen.

Die Vorbereitungen in Syrien

Auch in diesem Land, das im Kreuzungspunkt grosser Verbindungen liegt, sind Vorbereitungen für den zivilen Bevölkerungsschutz getroffen worden. Der Zivilschutzdienst ist gesetzlich auf freiwilliger Grundlage geregelt. Zufolge guter Werbeaktionen haben sich jedoch viele Freiwillige, besonders männliche und weibliche Jugendliche, gemeldet. Es wurden auch ernstfallmässige Uebungen durchgeführt. Anlässlich der Mobilmachung zur Zeit des Suezkonflikts wurde der Zivilschutz ebenfalls aufgeboten. Dabei beteiligten sich sozusagen alle innert wenigen Tagen uniformierten Jugendlichen neben dem Schulbesuch an der Ausbildung für den Zivilschutz. Schon im Jahre 1956 hatte die syrische Regierung einen deutschen Stabsoffizier für die Ueberprüfung der von einer Generaldirektion im Innenministerium getroffenen Massnahmen in ihr Land berufen. Dieser Experte hat den in Syrien angesichts der dortigen Verhältnisse innert sechs Monaten erfolgten Aufbau des Zivilschutzes als erstaunliche Leistung bezeichnet.

Ausbildung der Bevölkerung in Bulgarien

Einer Zeitungskorrespondenz zufolge ist die Ausbildung der bulgarischen Bevölkerung für Schutzmassnahmen gegen Atomwaffen, gemäss einer Regierungsverordnung und entsprechenden Richtlinien, im Gange. Letztes Jahr sollen 715 Instruktoren herangebildet worden sein. Diese Zahl wird als zu gering bezeichnet, so dass das Programm von 13 Unterrichtsstunden noch nicht durchwegs zur Ausführung gelangen konnte.

Was geschieht mit dem Gaither-Bericht?

Der Nationale Sicherheitsrat habe, so wird neuerdings gemeldet, *eine besondere Studie* über die Empfehlung des Gaither-Komitees angeordnet. Diese Empfehlung sieht vor, ein nationales Schutzraum-Programm aufzustellen, das, nach seiner Verwirklichung, gegen das Zerfallsmaterial im Atomkrieg schützen soll. (Vgl. «Zivilschutz» Nr. 1/1958, S. 11.)

Der neue Ausschuss, der nun die Vorschläge des Gaither-Komitees untersucht, *konzentriert sich dabei auf die folgenden Punkte:* 1. ob nicht ein solches Schutzraum-Programm mit dem normalen Bauprogramm der Regierung verbunden werden könnte; 2. ob nicht die Geldquellen anderer Regierungsstufen und -stellen, einschliesslich jener der Gliedstaaten und Gemeinden, angebohrt werden könnten, um damit ein nur sehr bescheidenes Schutzraum-Programm zu finanzieren; 3. ob es praktisch sei, eine Reihe unterschiedlicher Schutzräume gegen Zerfallsmaterial als Prototypen zu entwerfen und zu bauen, nicht separat, sondern z. B. als Teil von neuen Regierungsgebäuden.

Tatsache ist jedoch, dass wenig oder keine Aussicht besteht, das vom Gaither-Komitee empfohlene Schutzraum-Programm von 5 Milliarden Dollar im Jahr zu verwirklichen. *Viel wahrscheinlicher ist ein bundesstaatliches Unterstützungs-Programm,* das die Gliedstaaten, Gemeinden und die verschiedenen Industrien ermutigen soll, selbst eine Antwort auf die dringendsten Fragen des Zivilschutzes im Zeitalter der Weltraumerforschung zu finden. Der neue Ausschuss ist, so scheint es, nicht gebildet worden, um die Schutzraumfrage durchzupeitschen, sondern, um den Dingen auf den Grund zu gehen und, je nachdem, weitere Möglichkeiten aufzuzeigen.